

Überfälliger Kurswechsel in der Sozialpolitik

Konzentration auf das Notwendige statt neuer Begehrlichkeiten

Von Rolf Schäuble*

Während die Bundeseinnahmen in den letzten sieben Jahren um 25% zugenommen haben, die Bundesausgaben sogar doppelt soviel, betrug die Zuwachsrate des Sozialbudgets rekordhohe 87% – und dies bei weiter steigender Tendenz. Die Sozialwerke sind an der Grenze der Finanzierbarkeit angelangt: ein Kurswechsel ist überfällig.

Für viele Schweizer, die sich beruflich mit Vorgesorgefragen befassen, wird die Sozialpolitik immer mehr zum «roten Tuch», wobei die Farbbezeichnung durchaus wörtlich zu nehmen ist. Eigentlich ist das Malaise hinlänglich bekannt, haben sich doch bereits verschiedene Studien damit befasst, u. a. der Ende 1997 erschienene *IDA-Fiso-2-Expertenbericht*. Über die zu ziehenden Konsequenzen freilich ist von offizieller Seite bisher *erstaunlich wenig Klartext* zu hören gewesen.

Alarmierende Zahlen

Folgende Zahlen und Fakten verdeutlichen die Dimensionen eines Problems, das sich laufend akzentuiert. Von 1990 bis 1997 haben zugenommen: das Bruttoinlandprodukt um 15%, die Bundeseinnahmen um 25%, die Bundesausgaben um 50% und die Ausgaben des Bundes für soziale Wohlfahrt um 75%. Für 1998 ist bei den Sozialaufwendungen ein weiterer Anstieg um 7,5% geplant, und trotzdem wird permanent mit dem *Schlagwort vom Sozialabbau* polemisiert. Bereits jetzt erhält fast jeder zweite Schweizer und jede zweite Schweizerin Geld aus der Kasse des Wohlfahrtsstaates. Ein wachsender Teil der Bevölkerung ist somit Bezüger von Leistungen, die ein immer kleinerer Kreis von Zahlern berappt und eine immer grössere Verwaltung administriert.

Eine Extrapolation der heutigen Annahmen des Bundes zeigt gemäss Jürg Sommer, Professor an der Universität Basel, dass allein das *AHV-Defizit* zwischen 2010 und 2030 auf schwindelerregende 275 Mrd. Fr. steigen könnte. Die Zahlenreihen des zuständigen Bundesamtes hören aber just immer um das Jahr 2010 auf, nämlich dann, wenn es besonders kritisch wird und die *«Babyboomer» ins Rentenalter* kommen. Vor diesem Hintergrund sind neue Begehrlichkeiten wie AHV-Renten-Erhöhungen, Mutterschaftsversicherung und Bundes-Kinderzulagen oder gar eine Kinderrente (!) verantwortungslos. Was es jetzt braucht, ist nicht nur eine Konsolidierung des Bestehenden, sondern eine *Konzentration auf das Notwendige*. Der IDA-Fiso-2-Bericht zeigt mit aller Deutlichkeit, welche finanzielle Roskur uns auf Grund unterschiedlicher Szenarien und selbst unter eher optimistischen Annahmen, z. B. punkto Entwicklung der Arbeitslosigkeit, bis zum Jahr 2010 erwartet. Angesichts der Lage der Bundesfinanzen und der Demographie-Falle ist ein Ausbau oder die Schliessung sogenannter Lücken im sozialen Netz unrealistisch und als Option für die Zukunft klar zu verwerfen.

Nachhilfestunden bei Tony Blair

Und unsere SP-Politiker? Statt kritisch über die Bücher zu gehen, ist für sie vordringlich, eine Mutterschaftsversicherung und einen Elternurlaub einzuführen, ausgesteuerten, älteren Arbeitslosen einen eigenständigen Anspruch auf Ergänzungsleistungen zu verschaffen, ein eidgenössisches Minimum für Kinderzulagen und schliesslich gar ein Recht auf Existenzsicherung zu fordern. So geht das nicht, und die mitgelieferten *Finanzierungsrezepte* (3 ALV-Lohnprozente) auch für unversicherte Einkommensteile, salärabhängige Krankenversicherungsprämien und zusätzlich noch weitere Mehrwertsteuerprozente) zeugen von fehlender Einsicht und liegen quer in der Landschaft. Die von der IDA-Fiso-2-Gruppe unterbreitete Auslegeordnung verlangt andere Reaktionen. Statt Sozialutopien zu predigen, sollten sich die SP-Exponenten besser Flugtickets an die Themse kaufen, um dort bei *Tony Blair* und *New Labour* Anschauungsunterricht für einen sozialstaatlichen «New Deal» zu nehmen.

Dass vor dem Hintergrund öffentlicher Finanzkalamitäten einerseits und der längsten Börsenhausse der Nachkriegszeit andererseits da und dort Umverteilungs-, Abschöpfungs- und Nivellierungsgelüste ins Kraut schiessen, erstaunt eigentlich kaum. Derartige Ideen sind alles andere als das Ei des Kolumbus, sondern vielmehr fiskalische *Rohrkrepierer*, wie der Problemkreis *Kapitalgewinnsteuer* zeigt. Betroffen wären natürliche Personen, die einen Teil ihrer bereits als Erwerbseinkommen versteuerten Ersparnisse in Aktien investieren, und dies sind beileibe nicht nur die gerne stigmatisierten «Millionäre». Übersehen wird, dass als Mitglieder einer Pensionskasse breite Schichten von der Aktienhausse profitieren und dass Börsenkurse auch wieder fallen, die neuen Vermögensmillionen also schnell wieder dahinschmelzen können.

Wachsende Bedeutung der dritten Säule

Ins fiskal- und sozialpolitische Sündenregister gehören auch die mit Impertinenz vorgetragenen Angriffe auf die im *Drei-Säulen-Konzept* fest verankerte *private Vorsorge*. Steuerbegünstigte Altersvorsorge mit der dritten Säule ist kein Gnadenakt des Staates, sondern die Erfüllung eines vom Volk gewollten Verfassungsauftrages. Dieser ist das individualrechtliche Korrelat zur solidarischen Zwangsfinanzierung von AHV und IV. Linien Kreisen ein besonderer Dorn im Auge ist die gebundene Vorsorge in der *Säule 3a*. Sie werden

nicht müde, dieses auf Freiwilligkeit und Selbstverantwortung basierende Instrument als «unsozial», «Egoismus der wohlhabenderen Minderheit» und «Absage an die Solidarität» zu disqualifizieren. Wenn sich eine Sekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes vor Jahresfrist an einer Tagung in Bern gar kapriziert hat zu behaupten: «Als Folge der Verbesserungen in den ersten beiden Säulen ist aber niemand mehr auf diese Form der Vorsorge angewiesen», so steht diese «Vision» in klarem Widerspruch zu den Erkenntnissen des IDA-Fiso-Berichts.

Die *Bedeutung der dritten Säule* wird in Zukunft zweifellos *weiter wachsen*, und dies nicht nur wegen der zunehmend ungewisseren finanziellen Perspektiven der Sozialversicherungen. Es gibt nämlich viele legitime Gründe, mit Hilfe der dritten Säule individuell Alterskapital aufzubauen. Wer sich zu diesem Akt von *Eigenverantwortung* entschliesst, entlastet den Staat und darf von ebendiesem nicht noch bestraft werden. Sündenfälle wie die kürzlich erfolgte Wiedereinführung der aus guten Gründen abgeschafften Stempelabgabe auf Einmaleinlagen von Lebensversicherungen müssen verhindert werden. Doch lauern bereits neue Gefahren: Dem Vernehmen nach brüten rote Köpfe im «Bernerhof» – keine Beiz, sondern Hochburg der Neofiskalisten – über Plänen zur Kürzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit bei Einlagen für die gebundene Vorsorge. So soll der steuerfreie Höchstbetrag um 20% verringert werden. *Opfer* eines solchen Handstreichs wäre klar der *Mittelstand*: Selbständigerwerbende, Gewerbetreibende und zahllose Arbeitnehmer. Wer dagegen viel verdient, ist nicht im gleichen Umfang darauf angewiesen, seine 3a-Gelder fiskalisch absetzen zu können.

Stopp zu Umverteilung und Nivellierung

Wir erleben gegenwärtig in der Finanz- und Sozialpolitik ein *Trauerspiel in Fortsetzungen*. Dass als Akteure auch bürgerliche Politiker vor und vor allem hinter den Kulissen mit von der Partie sind, zeigt die übermächtigen Schatten jahrzehntelang praktizierter Konkordanz. Statt klare Positionen zu beziehen und zu verteidigen, setzt man sich an überladene «runde Tische» und schmiedet anpasserische Kompromisse. Der Preis sind Abstriche, die *ordnungspolitisch an die Substanz gehen*. Liberale Haltung und marktwirtschaftliches Credo laufen immer mehr Gefahr, zu Lippenbekenntnissen zu verkommen.

Vergessen wir nicht: Es hat in der Schweiz *nie eine linke Mehrheit* gegeben, weder im Bund noch in den Kantonen, die Steuern und Ausgaben allein hätte beschliessen können. Stets kamen gewisse «bürgerliche» Politiker den entsprechenden Forderungen entgegen und tolerierten in den letzten sieben Jahren ein das Einnahmen- um das Doppelte übersteigendes Ausgabenwachstum. Für das heutige Malaise tragen sie daher klar *ausgewiesene Mitverantwortung*. Sie stehen daher ganz besonders in der Pflicht bei der anstehenden Generalremedur, für die das Volk am 7. Juni sein klares Votum abgegeben hat. Die Zeiten sprudelnder Steuerquellen, in den Himmel wachsender Budgetbäume und grosszügiger Geldverteilung sind passé. Wenn der Bundeshaushalt mit fast 70% Transferausgaben zum *Durchlauferhitzer* degeneriert und die Zinslast der Eidgenossenschaft in Höhe von 3,4 Mrd. Fr. mehr verschlingt

als der gesamte Bereich Bildung und Grundlagenforschung, erweist sich eine drastische Kurskorrektur als überfällig. Warten wir nicht erst zu, bis sich die Zinskurve wieder nach oben dreht. – Freilich ist unpopulär, knapper gewordene Ressourcen zuzuteilen und Opfer zu verlangen. Da erscheint die *Mehrwertsteuer*, kaum eingeführt, (zu) vielen als rettendes Reservoir, das unbedenklich angezapft werden kann. Aber auch fiskalische Beutezüge auf sogenannt Besserverdienende und gut gestellte Rentner sind keine Rezepte, um die maroden Staatsfinanzen ins Lot zu bringen oder gar neue Begehrlichkeiten zu finanzieren. Der Hebel zur Sanierung muss konsequent auf der *Ausgabenseite* angesetzt werden. Sich nach der Decke zu strecken, lautet auch der *kategorische Imperativ* in der Sozialpolitik.

Die obligatorischen Sozialwerke bedürfen dringend wieder einer soliden Grundlage, und dies ohne den Preis weiterer Umverteilungen bzw. Gewichtsverlagerungen zulasten der privaten, eigenverantwortlichen Altersabsicherung. Unser bewährtes freiheitlich-liberales Vorsorgesystem darf nicht durch steuerliche und regulatorische Würgegriffe stranguliert werden. Tragen wir also Sorge zum ausgewogenen Drei-Säulen-Konzept unseres Sozialstaats, damit künftige Generationen *tragfähige Pfeiler* vorfinden können.

* Der Autor ist Präsident des Verwaltungsrates und Vorsitzender der Geschäftsleitung der Baloise-Holding.